

Denkpause



Informationen von Ilka Schröder (MdEP)

Extra
10.03.01

Die Fratze der Grünen:
Mehr als nur klamm-
heimliche Freude über
zeitlich unbegrenzte
AKW-Laufzeit



restlos d
FDP aus
vorsitzen
haus nich
»die Mos
blike«.
Dass d
gullerun
wird, rü
werde m
chen au
den Libe
men, wi
ablehner
rede hat
»die Par
führen v
sozial u
gangenh
Mit dem
Arbeits
tags-Ha

Aus JUNGLE WORLD 27/2000

Castor: Desillusionieren statt demonstrieren

Früher war es bei den Grünen üblich, anlässlich jeder fotogenen Gleisblockade mit Wasserwerfer-Kulisse einen fünfzehnminütigen Foto-Termin für die Presse zu vereinbaren. Wenn die Fotografinnen ihre Bilder geschossen hatten, drängten meist Termine zur Vorbereitung der Regierungsübernahme. Die Regierung ist inzwischen übernommen, und aus dem Sitzplatz vor dem Rohr des Wasserwerfers ist ein Chefsessel an den

Schaltstellen des militärisch organisierten Polizei-Einsatzes im Wendland geworden. Demonstrieren ist daher für Grüne verboten. Das ist richtig. »Wer A sagt, muss auch B sagen«, erklärt der hessische Landesvorsitzende Hubert Kleinert vermutlich mit dem Gedanken an Atomstaat und Bulleneinsatz. Sein Kollege aus Baden-Württemberg, Andreas Braun, denkt eher an die Parteiräson als an Sachargumente: Er hält es für

»unsinnig, gegen die eigene Bundesregierung zu demonstrieren«. Nähe zur Anti-Atom-Bewegung zu zeigen, passt heute nur noch wenigen Grünen ins Konzept. Und die geraten dabei schnell in Argumentationsnöte. »Die Antiatombewegung ist unsere Klientel, das sind wir selbst«, wünscht sich Astrid Rothe, Thüringer Landesvorsitzende der Partei. (Alle Zitate nach BERLINER ZEITUNG v. 25.01.2001). >>> Seite 4

Impressum: Denkpause Extra ist eine Informationsschrift von Ilka Schröder, Mitglied des Europäischen Parlaments in der Fraktion »Die Grünen/Europäische Freie Allianz«. Sie erscheint einmalig zum Parteitag von Bündnis 90/Die Grünen vom 09.03. – 11.03.2001 in Stuttgart • Herausgeberin, Verlag und V.i.S.d.P: Ilka Schröder, Postfach 080417, 10004 Berlin, eMail: denkpause@ilka.org, Fon +49.30.2096 1340, Fax +49.30.2096 1356, www.ilka.org • Layout: Krüger & Sooth, Jason Krüger Auflage: 1.500 • Redaktion: Tilman Heller, Ilka Schröder, Franziska Müller • Abo: kostenlos unter o.g. Adresse zu bestellen. Denkpause kann auch als eMail bestellt werden. Ältere Ausgaben als pdf oder html verfügbar unter www.ilka.org. Die Texte der Denkpause können gerne gegen Belegexemplar und Quellenangabe nachgedruckt werden. Sollten wir von unserer Seite aus das Einholen von Erlaubnissen zum Abdruck (z.B. von Grafiken) vergessen haben, bitten wir die Betroffenen darum, sich bei uns zwecks Klärung zu melden. • Datum der Ausgabe: 10.03.2001 •

Die Partei hat immer recht

Programmtreue soll vor dem Parteischiedsgericht gehandelt werden.

»Deutsche Waffen, deutsches Geld morden mit in aller Welt«, skandierten früher auf Demos. Unter grüner Regierungsbeteiligung werden mit den deutschen Waffen gleich deutsche Soldaten mitgeliefert. Wer das kritisiert, kommt vors Parteischiedsgericht.

»Bündnis 90/Die Grünen wollen eine kleine, moderne und auf die friedenspolitischen Anforderungen des 21. Jahrhunderts ausgerichtete Bundeswehr«, heißt es in einem vertraulichen Papier für den internen Gebrauch der Bundestagsfraktion. Die friedenspolitischen Anforderungen des 21. Jahrhunderts entpuppen sich vor allem als Deutschlands Machtinteresse. Gleich im ersten Satz des geheimen Eckpunktepapiers wird der Zweck geklärt. »Es liegt im Interesse der Bundesrepublik...« Wir brauchen eine schlagkräftige Armee, die mit modernsten Waffen und ohne viel Ballast an jedem Ort der Welt effektiv für Deutschland kämpfen kann, würde die Botschaft unverschlüsselt heißen. Die Verpackung wird allein deswegen gebraucht, weil neben Kriegsbegeisterten und Soldatenverbänden auch noch andere Menschen die Grünen wählen sollen. Aus diesem

Grund ist es verboten, den Beitrag der Grünen zur effektiven Militarisierung der deutschen Außenpolitik auf den Punkt zu bringen.

Ich hatte es einmal so formuliert: »Wer sicherstellen will, dass Deutschland weiterhin Kriege führen und gewinnen kann, sollte 2002 unbedingt die Grünen unterstützen«. Dabei bezog ich mich auf ein Gutachten von Professor Reiner Huber von der Bundeswehruniversität München: Unter den gegebenen finanziellen Rahmenbedingungen bringt das Konzept der grünen Bundestagsfraktion die einsatzfähigste und qualitativ beste Truppe hervor.

Seit einigen Wochen liegt jetzt ein Antrag des Bundesvorstandes beim Landesschiedsgericht Berlin der Partei. Ziel ist es, eine Ordnungsmaßnahme gegen mich auszusprechen. Mit meiner Äußerung, so heißt es, habe ich die »Grenze des innerhalb unserer Partei Zulässigen und Erträglichen überschritten«. Der zweite Kernpunkt des Parteiordnungsantrages ist die politische Kritik am Europaabgeordneten Ozan Ceyhan. Dieser setzte zum Zeitpunkt des Buvo-Beschlusses bereits als SPD-Abgeordneter seine Arbeit an der

Abschottung der EU-Außengrenzen gegen Flüchtlinge fort.

Gegen grüne KriegsbefürworterInnen wurde bisher weder vor einem Parteischiedsgericht noch vor einem Kriegsverbrechertribunal Anklage erhoben. Es bleibt abzuwarten, ob sich unter der neuen Parteiführung daran etwas ändert. Claudia Roth hat ihre Rolle als Parteimanagerin schon gefunden und die Prioritäten erkannt: »Jeder Krieg schadet« sagt sie dem Tagesspiegel (21.01.01). Dabei meint sie natürlich nicht die durch Splitterbomben getöteten Menschen – die sind ja nur Kollateralschäden – sondern die Mitgliederzahl der Grünen: »Es ist bitter, dass Menschen wegen des Kosovo-Krieges aus der grünen Partei ausgetreten sind.« Dass sich die Justizpolitik des Bundesvorstandes ändert, ist aber unwahrscheinlich, denn Roth hat einst selbst für die Kriegsvorbereitung gestimmt. Selbst wenn die Zahl der Parteimitglieder sich halbieren sollte – wie die der WählerInnen bei der Europawahl 1999 im Vergleich zur vorletzten Europawahl – dürften weiterhin diejenigen vor Gericht stehen, die sich an das Parteiprogramm halten.

Der Beschluss des Bundesvorstandes ist abrufbar unter: <https://www.ilka.org/ordnung/>

Argumentationstool für Grundsatzdebatte

Nach dem ganzen Ärger mit den schwer umdeutbaren alten Positionen braucht die Partei ein neues Grundsatzprogramm. Das soll auch noch aktuell sein, wenn mal wieder eine andere Meinung chic ist. Ziel ist daher, möglichst viel zu schreiben, ohne etwas auszusagen. Das gleiche gilt für Parteitagsreden. HackerInnen haben für Sie aus dem Computer eines der beliebtesten

Redenschreibers der Grünen ein Argumentationstool downgeloadet. Am Ende eines Ausdrucks kann ein Prädikat (erfordert, bedingt, bewirkt, unterminiert, bedeutet...) eingefügt werden, dann noch mal von vorne. Oder so: »Liebe Freundinnen und Freunde, unsere historische Aufgabe ist die Entwicklung einer!«

Wenn Sie selbst eine Rede vor dem Parteitag halten wollen, kopieren Sie den Laberkasten auf neutrales Papier, da die Rückseite dieser Denkpause verräterisch wirken könnte. Stillere Charaktere können sich mit der Beobachtung begnügen, wie viele führende ParteifreundInnen dieses beliebte Argumentationstool bereits benutzen.

nachhaltige
humanitäre
verantwortbare
soziale
zivile
technologische
effiziente
nationale
zukunfts-fähige
bündnisgrüne
multimediale

Entsorgungs-
Sicherheits-
Modernisierungs-
Verschlankungs-
Aufrüstungs-
Kosten-Nutzen-
Einwanderungs-
Zukunfts-
Nachhaltigkeits-
Vergangenheits-
Bildungs-

Strategie
Technologie
Optimierung
Logik
politik
Debatte
Gesellschaft
Verantwortung
Kultur
Bewältigung
Kompetenz

liberale
zivilgesellschaftliche
gestaltende
selbstbewusste
unideologische
pragmatische
realistische
robuste
optimistische
ökologisch fundierte
multikulturelle

Toleranz-
Leistungs-
Ideologie-
Konflikt-
Widerspruchs-
Interessen-
Sozial
Friedens-
Gleichberechtigungs
Gesellschafts
Zuwanderungs-

Akzeptanz
Patriotismus
Betroffenheit
Gestaltung
Entsorgung
Definition
Perspektive
Durchsetzung
Analyse
Vision
Begrenzung

Programmwechsel nur mit uns

Die Zeiten ändern sich. Wer früher noch in einer berüchtigten Reinigungsfirma Frankfurter Pflastersteine polierte, ist heute vielleicht schon Teil der sich verselbständigenden Herrschaftsordnung.



Ein Regierungswechsel bedeutet noch keinen Politikwechsel – solange er ohne die Grünen passiert. Das war die Hauptaussage des grünen Bundestagswahlkampfes 1998. Einige glaubten, dass auch eine Regierungsbeteiligung der deutschen Grünen keine politische Wende einleiten würde. Diese Meinung hat sich als zu optimistisch herausgestellt.

Der Sozialabbau bekommt ebenso neuen Schwung wie der Umbau und Einsatz der deutschen Armee als angriffslustige Interventionstruppe. Die Atomkraftwerke tragen ungestörter als je zuvor zum Bruttosozialprodukt bei. Doch auf dem Dachboden der Grünen sind dabei einige Positionen liegengeblieben, die zu Beginn des neuen Jahrtausends entrümpelt werden müssen. Eine Kernfrage ist die der Gewalt. Wann ist es erlaubt, dem anderen mit Knüppel, Splitterbombe oder Wumme eins auf die Rübe zu geben? Wann kann man so etwas »gestaltende Friedenspolitik« nennen, wann ist es Militanz oder gar Gewalt?

Unter dem angesammelten Staub lässt sich im alten Grundsatzprogramm noch entziffern: »Wir wenden uns ganz entschieden gegen Rohstoffraubkriege, aus denen eines Tages der Dritte Weltkrieg entstehen kann.« Die Abneigung gegen Rohstoffkriege ist aus heutiger bündnisgrüner Perspektive unbegründet: Selbstverständlich wird sich Deutschland in

den nächsten Jahren und Jahrzehnten an Kriegen beteiligen, die den Zugang zu zentralasiatischer Energie und Bodenschätzen sicherstellen sollen. Die Befürchtung, dass diese einen »Dritten Weltkrieg« auslösen würden, ist aber angesichts der Abschreckungskapazität unserer Armee unwahrscheinlich. Einen Gegner außerhalb der NATO gibt es nicht mehr. Und die Amis werden vielleicht irgendwann Probleme haben, gegen eine EU-Armee unter deutscher Führung zu gewinnen. Daher erübrigt sich auch die Ankündigung: »Wir werden notfalls die Bevölkerung zum Widerstand gegen solche grundgesetzwidrigen Angriffskriege aufrufen.« Wer gegen unsere Angriffskriege mit Farbbeutel, Desertationsaufrufen, Totalverweigerung oder Hausfriedensbruch reagiert, kommt in den Knast.

Um ungestraft richtig militant zu sein, muß man in die Regierung. Das hat jetzt auch Hans-Joachim Klein kapiert, der mit dem Umlegen politischer Gegner nicht warten wollte, bis er als Außenminister vereidigt wurde.

Früher nützlich, heute ärgerlich sind ökologische, soziale und antimilitaristische Straßenproteste. Die Grünen hatten einst gesagt: »Gewaltfreiheit schließt aktiven sozialen Widerstand nicht aus, bedeutet also nicht die Passivität der Betroffenen. Der Grundsatz der Gewaltfreiheit bedeutet vielmehr, dass zur Verteidigung lebenserhaltender Interessen von Menschen gegenüber einer sich verselbständigenden Herrschaftsordnung unter Umständen auch Widerstand gegen staatliche Maßnahmen nicht nur legitim, sondern auch erforderlich sein kann.« Die Zeiten ändern sich. Wer früher noch in einer berüchtigten Reinigungsfirma Frankfurter Pflastersteine polierte, ist heute vielleicht schon Teil der sich verselbständigenden Herrschaftsordnung.

Die naheliegendste Antwort, warum gegen einen von den Grünen organisierten Castor-Transport heute nicht mehr protestiert werden darf, findet sich aber im Grundsatzprogramm selbst:

»Im vollausgebauten Atomstaat sind aus zwingenden Gründen demokratische Grundrechte und bürgerliche Freiheiten nicht mehr möglich.«

Diese Freiheiten waren allerdings auch in den siebziger und achtziger Jahren nicht allen heutigen Grünen wichtig. Hans-Gerhart (»Joscha«) Schmierer, Sekretär des ZK des Kommunistischen Bund Westdeutschland, beglückwünschte noch am 15. April 1980 den Massenmörder Pol Pot: »Seine Siege im Kampf gegen den US-Imperialismus und beim Aufbau des Landes hat das kampucheanische Volk unter der Führung der Kommunistischen Partei Kampuchreas errungen. Sie sind das Ergebnis der korrekten Linie der KPK und der korrekten Politik der Einheitsfront im Inneren wie in den internationalen Beziehungen.« Nicht so korrekt fand Schmierer dagegen die Arbeit der Kommunistischen Volkszeitung des KBW. Dort kritisiert das ZK die »ideologische und politische Abweichung, wie sie nur so lange immer wieder unvermeidlich vorkommen wird, wie die bürgerliche Linie in der Redaktionsarbeit nicht liquidiert ist« (nach FAZ 31.01.2001). In den neunziger Jahre wachte Schmierer im Zentralorgan der grünen Realos »Kommune« über die korrekte Linie, heute kämpft er im Beraterstab des deutschen Außenministers Joseph Fischer.

Als Ersatz für die im rot-grünen Atomstaat verlorengegangenen bürgerlichen und demokratischen Freiheiten bietet sich heute immerhin noch die marktwirtschaftliche Freiheit an. Alle, die ein paar Pfennige mehr pro Kilowattstunde zahlen wollen, empfehlen BUND und Grüne einen Vertrag über den Verbrauch von ökologisch erzeugtem Strom. Damit sind drei Fliegen mit einer Klappe geschlagen. Die Verbraucherin hat ein gutes Gewissen, der Energieversorger bekommt den ökologischen Strom, den er aufgrund des Einsepeisegesetzes ohnehin erhöht vergüten muss, vom Verbraucher gut bezahlt. Würden massenhaft Verbrauchelinnen auf Ökostrom umsteigen, könnte die Atomindustrie ihre Kraftwerke länger laufen lassen – schließlich wurden im »Konsens« Strommengen und nicht Laufzeiten vereinbart.



Politisch korrekt demonstrieren

Neben regelmäßiger Beitragszahlung, Teilnahme an Kaderschulungen und Hilfe beim Plakatekleben wird von Parteimitgliedern verlangt, sich bei Demonstrationsvorhaben strikt an die Vorgaben der Parteiführung zu halten. In regelmäßigen Abständen werden Listen über erwünschte und uner-

wünschte Meinungsäußerungen veröffentlicht. Verstöße werden vor den Parteigerichten geahndet. Meldungen falsch demonstrierender Parteimitglieder oder Anfragen zu nicht genannten Demonstrationsthemen bitte an buvo@gruene.de

Erlaubt

- ☐ Keine Uran-Waffen gegen Frauen und Kinder
- ☐ Nachhaltiges Deutschland – jetzt und sofort!
- ☐ Für nützliche Atomtransporte und sichere Endlager!
- ☐ Saddam und Sloba eins druff!
- ☐ Ökologische Landwirtschaft statt Maul- und Klauenseuche!
- ☐ Mehr Zivilcourage – keine Gewalt (außer humanitäre)!
- ☐ Arbeitsplätze für alle jungen Menschen!
- ☐ Keine Tiertransporte quer durch Europa

Verboten

- ☐ Atomkraft Nein Danke!
- ☐ Nützliche Ausländer raus!
- ☐ Auflösung der Bundeswehr – keine Militärgewalt (gar keine)!
- ☐ Fahrradwege statt Autobahnen
- ☐ Lohnerhöhung $\geq 2\%$ für alle
- ☐ Deutsche Soldaten sind Mörder
- ☐ Kein Mensch ist illegal, Bleiberecht für alle!
- ☐ Keine Abschiebungen quer durch Europa
- ☐ Gegen die Interessen der Atomkonzerne

Spontanes Zerknüllen

Wundern Sie sich, warum manche ParteifreundInnen dieses Papier nach wenigen Sekunden Lektüre zerknüllen? Das Zerknüllen ist nur die Ableitreaktion einer nachhaltigen Toleranzoptimierung, die durch eine soziale Leistungslogik verursacht wird. Würde der

Parteifreund die Denkpause nicht zerknüllen, müsste er sich nämlich mit dem Inhalt argumentativ und politisch auseinandersetzen, was einen multimediale Kosten-Nutzen-Patriotismus voraussetzt, der oftmals nicht vorhanden ist.

Castor: Desillusionieren statt demonstrieren (Fortsetzung von Seite 1)

Claudia Roth warnt im SPIEGEL: (12.2.2001): »Was nicht passieren darf, ist der Eindruck, wir seien nicht mehr Teil der Bewegung.« Auch die Mehrheit der Verbalprotestierenden steht aber inzwischen so geschlossen hinter dem Atomkonsens wie die Bundeswehr hinter Angelika Beer. Die Entscheidung, ob die Grünen Anti-Atom-Partei sind, ist spätestens mit der Absegnung der Atomvereinbarung durch die Basis gefallen. Außerparlamentarische Proteste waren in den siebziger und achtziger Jahren dafür verantwortlich, dass nur ein kleiner Teil der einst geplanten AKW-Blöcke in der BRD errichtet wurde. Die Wirkstoff-Formel der Anti-Atombewegung waren und sind buddelnde Autonome, singende

SitzblockiererInnen und sabotierende LandwirtInnen. Die Parlamentarisierung des damaligen Protestes hat dagegen das Gegenteil bewirkt: Mit ihrem Ruf als Anti-Atom-Partei haben die Grünen heute erreicht, was der CDU niemals gelungen wäre: Weite Teile der Bevölkerung begreifen den Deal mit den Atombossen, der ein zeitlich unbegrenztes Weiterlaufen der AKW beinhaltet, als »Atomausstieg«.

Jede verbale oder tatsächliche Beteiligung regierungstreuer Grüner an den Castor-Protesten verbessert auch heute noch die gesellschaftliche Akzeptanz der Vereinbarung mit den Atomkraftwerksbetreibern. Das Verhalten der rechten Grünen wie Braun und Kleinert ist daher für die Anti-Atom-Bewegung günstiger als das der Mochtegern-AtomkraftgegnerInnen. Die rechte Grüne Par-

Safer lesen und surfen

Bekennende LeserInnen der Denkpause müssen eventuell Karrierenachteile befürchten. Auch im Internet wird oft ermittelt, welche Seiten Sie sich anschauen. Machen Sie es den SchnüfflerInnen schwerer und surfen Sie auf: <https://www.ilka.org>. Neben der aktuellen Denkpause gibt es dort weitere aktuelle und ältere Texte, Presserklärungen und mehr.

...und zwar regelmäßig

Die »Denkpause« erscheint ca. acht mal jährlich mit europapolitischen Themen wie Privacy im Internet, Flüchtlingspolitik oder Militär, mit Schmuckfarben und erweitertem Umfang. Sie wird an alle Kreis- und Landesverbände der Grünen verschickt und unter <https://www.ilka.org> im Internet veröffentlicht. Die Denkpause kann als Papier- oder eMail-Version kostenlos abonniert werden. Dazu am besten eine Mail mit Postadresse schreiben an abodatei@ilka.org. Ansonsten Brief oder Postkarte an:

Ilka Schröder,
Postfach 080417,
10004 Berlin,
Fon (030) 20 96 13 40,
Fax (030) 20 96 13 56

teimehrheit sollte nicht daran gehindert werden, die Fratze der Grünen so darzustellen, wie sie es erfolgreich tut. Ihre Aufgabe ist die Desillusionierung derjenigen, die immer noch glauben, die Grünen stünden für den Atomausstieg. Für atomare Akzeptanz-Probleme wäre es förderlich, wenn sich auch die so genannten linken Grünen an der Entwicklung des Grünen-Images als Pro-Atom-Partei beteiligen würden. Wer sich als inner- oder außerparteiliche atompolitische Opposition glaubhaft gegen Castor-Transporte engagieren möchte, muß gegen die Grünen arbeiten, nicht mit ihnen. Für alle, die den Atomkonsens akzeptieren oder die für diese Partei weiterhin werben, sollte die Restlaufzeit für ein Engagement in der Anti-Atom-Bewegung möglichst kurz bemessen werden.